

(per E-Mail)

Herr Peter Beck
Chef vom Dienst
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
sonntagszeitung@faz.de

14. Januar 2021

Sehr geehrter Herr Beck,

wir beziehen uns auf den Artikel "Hongkong in Not", den Ihre Redakteurin Frau Friederike Böge verfasst hat und der am 10. Januar 2021 in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* veröffentlicht wurde. Wir möchten auf die Aussagen in dem Artikel antworten, dass die jüngsten Verhaftungen unter dem Nationalen Sicherheitsgesetz (NSL) in Hongkong „...nicht nur den Übergang Hongkongs von einer freiheitlich gesinnten zu einer autoritär regierten Stadtgesellschaft beschleunigt. Es zeigt auch, dass die chinesische Führung nicht mehr glaubt, in Hongkong den Schein wahren zu müssen.“

Das NSL, welches in Übereinstimmung mit dem Hongkonger *Basic Law* im vergangenen Juni eingeführt wurde, zielt auf allgemein inakzeptable Handlungen ab, die die Souveränität und die nationale Sicherheit untergraben – Sezession, Subversion, terroristische Aktivitäten und geheime Absprachen mit fremden Ländern oder externen Elementen zur Gefährdung der nationalen Sicherheit. Es legt eindeutig fest, dass die Rechte und Freiheiten, die die Einwohner gemäß dem *Basic Law* und den Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte genießen, wie sie auf Hongkong angewandt werden, in Übereinstimmung mit dem Gesetz zu schützen sind.

Die am 6. Januar Verhafteten wurden verdächtigt, den Straftatbestand der Subversion erfüllt zu haben. Indem sie die sogenannte „35-plus“-Strategie und den „10-step mutual destruction plan“ verfolgten und im Juli 2020 die sogenannten „Vorwahlen“ untereinander durchführten, wurden die Verhafteten verdächtigt, sich verschworen zu haben, um 35 oder mehr Sitze im Legislativrat zu erlangen und dadurch rücksichtslos und blindlings ein Veto gegen den öffentlichen Haushalt und Anträge auf öffentliche Mittel einzulegen und den Rücktritt der Regierungschefin zu erzwingen. Der „10-step mutual destruction plan“ zielte darauf ab, die Regierung und die Gesellschaft durch massive Unruhen und andere damit zusammenhängende

Aktionen zum völligen Stillstand zu bringen und so eine Verfassungskrise herbeizuführen.

Niemand steht in Hongkong über dem Gesetz. Lassen Sie mich Ihnen versichern, dass Hongkong eine sichere, offene, lebendige und internationale Stadt bleibt, die von der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz gestützt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Bill Li

Direktor, Wirtschafts- und Handelsbüro Hongkong in Berlin